

Sekretariat des Staatspolitischen Kommissionen
Parlamentarische Dienste

3003 Bern

per E-Mail: spk.cjp@pd.admin.ch

Bern, 28. Februar 2011

Stellungnahme zur Parlamentarische Initiative: Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes

Sehr geehrter Herr Perrin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Konsumentenforum kf bedankt sich für die Möglichkeit, zu oben erwähnter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Das kf anerkennt die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Durchführungen von statistischen Erhebungen des Bundes. Deshalb ist aus unserer Sicht auch keine Änderung des geltenden Rechts erforderlich.

Wir möchten aber darauf hinweisen, dass auch bei Erhebungen des Bundes die Privatsphäre der Konsumentinnen und Konsumenten zu respektieren sind. Indiskrete Fragen zum Gesundheitszustand oder Gesamteinkommen des Befragten sind fehl am Platz. Zudem fordern wir vom Bund geeignete Vorkehrungen, um Missbrauch zu vermeiden. Telefonische Befragungen sind bei den Konsumenten relativ unbeliebt und sollten – wo möglich – restriktiv angewandt werden.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Urs Klemm
Vizepräsident



Dr. Muriel Uebelhart
Geschäftsführerin